

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 96 A

BERLIN • Sonntag, den 24. April 1932

1. JAHRGANG

Nationalsozialistische Ehrenmänner.

Wie kommunistische Ueberfälle entstehen.

Die Frankfurter nationalsozialistische Zeitung hatte am Montag voller Entrüstung über einen kommunistischen Ueberfall auf den Nationalsozialisten SUNDMACHER berichtet, dem die Täter „einen tiefen Stich in die Wange und offenbar mit den Stiefeln schwere Prellungen am Kopf beigebracht hätten“.

Nun hat der angeblich Ueberfallene im Krankenhaus zugegeben, daß der Ueberfall von ihm einfach erfunden worden sei. Er habe sich die Verletzungen selber beigebracht, um auf diese Weise in die Liste der Märtyrer der Partei aufgenommen zu werden.

Daß es unter Umständen noch nicht einmal so idealistisch-romantische Beweggründe sind, die NS-Leute gegen sich selber zu den Waffen greifen lassen, zeigt ein anderer Fall, über den seinerzeit berichtet wurde:

„Am 23. Mai 1931 berichtete der „Angriff“ (Nr. 110) unter der Aufschrift „SA-Mann die Kehle durchgeschnitten. ~~Nachrichtliche Mordüberfälle~~“, daß ein SA-Mann F. in einem Walde bei ~~Buch~~ von zwei Kommunisten ~~hinterücks~~ ~~folgt~~ überfallen und mit Dolchen furchtbar zugerichtet“ worden

sei. Die Verbrecher „schnitten ihm die halbe Kehle durch.“

Dieser „heimtückisch überfallene“ SA-Mann Fedde mit der „durchgeschnittenen Kehle“ wurde am 23. Dezember 1931 vom Schöffengericht Berlin-Wedding wegen wissentlich falscher Anschuldigung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte sich die erheblichen Verletzungen selbst beigebracht, um sich bei seinen Parteifreunden wichtig zu tun, aber auch aus dem recht materiellen Bedürfnis, die tägliche Krankenzulage von 3 Mark zu erlangen, die jeder SA-Mann für den Fall „politischer Verletzungen“ erhält. Außerdem hatte er zunächst wahllos einen kommunistischen Arbeiter der Tat beschuldigt, der zwar sofort seine Unschuld nachweisen konnte, aber trotzdem in seinem Ansehen schwer geschädigt wurde. Der Staatsanwalt gab diesem natürlich groß aufgemachten Schwindelmanöver die richtige Kennzeichnung, als er feststellte, daß es verbrecherisch sei, „dem hochgeschichtlichen Zündstoff des politischen Parteikampfes zu nahe zu kommen mit dem Zündholz solcher irdichteten Tatarennachrichten von abgeschnittenen Hälsen.“

Konflikt im Berliner Fuhrgewerbe.

Widerstand der Arbeiter.

Der Widerstand der Arbeiter des Berliner Schwer- und Leichtfuhrgewerbes gegen das rigorose Lohnabbaudiktat der Fuhrherrschaft ist nicht ohne Wirkung geblieben. Den am Sonntag von den Funktionären der Branche gefaßten Beschluß, jeden Versuch der Durchführung des Diktats mit der Arbeitseinstellung zu begegnen, hatten zwei Fuhrunternehmer offenbar nicht ernst genommen. Die Arbeitseinstellung war die sofortige Antwort. Nach kurzer Streikdauer verpflichteten sich die bestreikten Fuhrunternehmer, die bisherige Löhne bis zur Neufestsetzung der Verdienste für die Gesamtbranche weiterzuzahlen. Die übrigen Fuhrunternehmer nahmen eine abwartende Stellung ein oder verpflichteten sich ebenfalls, soweit sie die Durchführung des Diktats angekündigt hatten, zur vorläufigen Weiterzahlung der alten Löhne.

Inzwischen hat der Schlichtungsausschuß mit den Fuhrunternehmern und dem Gesamtverband Führung genommen, um ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten und den Kon-

flikt beizulegen. Da ein Termin für diese neuen Verhandlungen noch aussteht, wollen einige Fuhrunternehmer ihren Arbeitern solange die von der Innung diktierten Löhne zahlen, bis entweder durch Schiedspruch oder Vereinbarung für die ganze Branche die Löhne neu geregelt worden sind.

Dieses Manöver soll auf Beschluß der gestrigen Vollversammlung der Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes durchkreuzt werden. Von diesen Unternehmern soll heute durch die Betriebsvertrauensleute die Erklärung verlangt werden, daß sie bis zum Abschluß eines neuen Gesamtvertrages die alten Löhne weiterzahlen. Geben die Unternehmer diese Zusicherung nicht ab, soll ab Sonnabend die Weiterzahlung der alten Löhne durch Arbeitseinstellung erzwungen werden.

Die Kollegen werden gebeten, von jeder Arbeitseinstellung dem Gesamtverband sofort Mitteilung zu machen.

Wir begrüßen dieses Zeichen von erwachender Widerstandskraft der Gewerkschaften.

„Alles kommt in den Lustgarten“.

F. Fr. Berlin, 23. April.

Unter dieser prahlerischen Ueberschrift war die Kundgebung der SPD und der „Eisernen Front“ zur Preußenwahl angezeigt worden. Doch es kamen nicht einmal alle die, die sonst zu den SP-Kundgebungen kommen. Die Züge, die aus den südlichen Teilen Berlins zum Lustgarten zogen, kamen stumm, ohne Anteilnahme daher. Kein einziger wirkungsvoller Sprecher war zu hören, kein einziger Eindruck erweckender Gesang auch nicht bei den SAJ-Gruppen.

Anscheinend merkten die Reichsbannerleute ihre Schwäche bei dieser Kundgebung, oder was veranlaßte sie sonst, statt einer klaren Antwort auf einige linke Zwischenrufer die Fäuste und Fahnenstangen zum Prügeln in Aktion zu setzen? Hat man außerdem vor den „Funken“-Verkäufern so viel Angst, daß man sie selbst von den Zufahrtsstraßen zum Lustgarten zu vertreiben sucht?

Sofort nach Schluß lief alles wieder planlos auseinander und der Lustgarten zeigte dann auch wieder sein gewohntes Bild, nur die Wurst-, Zigaretten- und Backwarenverkäufer zeigten noch, daß hier was los gewesen war.

Die Hauptredner waren BRAUN und BREITSCHIED. BRAUN war bescheiden. Er forderte im wesentlichen auf, das in Preußen Erreichte zu erhalten und zu verteidigen. BREITSCHIED ging etwas weiter. Er nannte den Kampf für BRAUN

und SEVERING den Kampf für den Sozialismus. Von Arbeit, mit der auch nur das kleinste Stück auf dem Wege zum Sozialismus unter BRAUN und SEVERING geleistet worden ist, hörte man nichts. Der Schreck des Dreiklassenwahlrechts, billige Witze über HITLER und seine Mannen, ein paar oberflächliche Bemerkungen über die KP genügen nicht, Sozialisten für die SP zu erwärmen. Dazu wären Taten nötig, und auf die kann die SP nicht hinweisen.

„Finanzminister KLEPPER hat einen Zwischenruf, der die Senkung überhöhter Gehälter forderte, bejahend beantwortet, hat aber die Frage einer Sonderbesteuerung der hohen Gehälter oder der Vermögen überhaupt nicht erwähnt.“ (Aus einer Erklärung KLEPPERS an den Amtlichen Preussischen Pressedienst.)

Achtung, Wähler!

Am kommenden Sonntag ist bereits

nachmittags um 17 (5) Uhr Wahlschluß,

nicht, wie bei den Präsidentenwahlen, um 18 Uhr.

Jeder, der den Druck von links auf Regierung, Parlament und SPD verstärken will,

wähle rechtzeitig Liste 4.

AUS DEM INHALT:

Nationalist oder Kommunist?
Kirchenschätze und Goldwährung.
Die Armut der indischen Bauern.
Oel und Land.
Die Berliner Stadtrandsiedlung.
Die Sorge des Zentrums.
Der Alte Fritz gegen den Lohnabbau.
Tierschindereien.

Zweierlei „Demokratie“. Demokratie oder Sozialismus?

Von Gustav Heckmann.

HITLERS heutiger Wahlkampf gegen das „System“ ist nicht mehr begleitet von dem öffentlichen Auftreten seiner SA. Das radikale Element der nationalsozialistischen Bewegung, die Masse, die nichts zu verlieren hat, bestimmt das Äußere der Partei nicht mehr so stark wie bisher. Ein Hindernis für die Harmonie zwischen NS und den übrigen Gruppen der deutschen Reaktion ist damit beseitigt.

Was bedeutet das für die faschistische Gefahr? Es wäre leichtsinnig, mit der Möglichkeit eines gewaltsamen Angriffs nicht mehr zu rechnen, aber diese Möglichkeit ist durch das SA-Verbot zweifellos geringer geworden. Um so mehr hat die Gefahr eines demokratisch-legalen Sieges des Faschismus an Bedeutung gewonnen. Die große Not hat das Volk halb verrückt gemacht (nicht „revolutioniert“), und HITLER ist drauf und dran, das Fehlende hinzuzutun: er spielt jetzt mit dem Gedanken der Gewinnung von 51 Prozent der Wähler. Zwar besteht bei den heutigen Wahlen keine Aussicht, daß er allein die Mehrheit der Wähler für seine Partei gewinnt. Aber es ist durchaus möglich, daß die Gruppe der reaktionären Parteien rechts vom Zentrum (NS, Deutschnationale, DVP, Wirtschaftspartei, Volkskonservative, Landvolk, Christlich-Soziale) 51 Prozent der Wähler erhält. Und die Aussicht, daß sich diese Parteien für eine Regierungsbildung zu einem Block zusammenschließen, in dem HITLER den Ton angibt, ist mit HITLERS Regierungsfähigkeit gewachsen. Hinzukommt, daß das Zentrum erstens trotz der Ablehnung, die es gegenwärtig den NS zuteil werden läßt, keineswegs „nach rechts endgültig den Scheidebrief ausgestellt“ hat — wie Prälat KAAS neulich in Trier sagte — und zweitens dem einzig unveränderlichen, nämlich dem weltanschaulichen Teil seines Programms nach, nicht auf die Demokratie festgelegt ist.

Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie rückt also die Gefahr eines demokratisch-legalen geführten, die Demokratie tödlich bedrohenden Angriffs in greifbare Nähe.

Für einen konsequenten Demokraten, genauer: einen konsequenten Verfechter des Prinzips der Mehrheitsentscheidung ist in dieser Situation nur ein Standpunkt möglich: die Stimme der Volksmehrheit auch dann vorbehaltlos als oberstes Gesetz anzuerkennen, wenn sie zu Gunsten HITLERS und der Gegner der Demokratie spricht. Diese Konsequenz bringen merkwürdigerweise nur sehr wenige Demokraten auf.

Was hält sie davon ab? Sie wollen im Grunde mehr im politischen Leben, als daß alles mit der Zustimmung von 51 Prozent der Betroffenen geschieht; sie haben noch andere Ideale: Freiheit der Meinungsäußerung, Öffentlichkeit der Verwaltung und Rechtspflege, gleiche Möglichkeiten für alle. Um dieser — wie sie sagen: demokratischen — Ideale der Freiheit und Gleichheit willen sind die meisten Demokraten nicht bereit, den Grundsatz der Mehrheitsentscheidung bis zu seiner Konsequenz anzuerkennen, bis zu der Möglichkeit, daß die Mehrheit des Volkes die Totengräber jener Ideale zu deren Sachwaltern bestellt.

Hier liegt ein Konflikt vor, in dem es kein Ausweichen gibt: Entweder man erkennt den Willen der Mehrheit als oberstes Gesetz an; dann muß man sich diesem

Willen auch dann beugen, wenn die Mehrheit, durch HITLER verrückt gemacht, diesem einräumt, die Reste von Freiheit und Gleichheit zu beseitigen. Oder man erkennt die Ideale der Freiheit und Gleichheit als oberstes Gesetz an; dann muß man sie auch gegen Angriffe verteidigen, die von einer noch so großen Volksmehrheit unterstützt werden.

Die Unausweichlichkeit dieser Entweder-Oder wird verdunkelt durch den zweideutigen Gebrauch des Wortes „Demokratie“, mit dem man einerseits die Herbeiführung von Entscheidungen durch Mehrheitsabstimmung bezeichnet, andererseits einen Gesellschaftszustand, in dem Freiheit und Gleichheit herrschen. Durch diese Zweideutigkeit des Wortes täuscht man sich über die Unvereinbarkeit der beiden Ziele, die mit ihm bezeichnet werden.

Die heutige politische Situation droht, den Demokraten die Pistole auf die Brust zu setzen, sie zu der Entscheidung zu nötigen, ob sie Demokraten der ersten Art oder der zweiten Art sein wollen, Anhänger der formalen Demokratie oder aber — wie Demokraten wohl sagen — der wahren, sozialen Demokratie, sagen wir weniger mißverständlich: des Sozialismus.

Interessant für das Verhalten von Demokraten vor einer solchen Entscheidung ist die Aenderung, die neulich der Preußische Landtag an seiner Geschäftsordnung vorgenommen hat. In Zukunft kann der Ministerpräsident nur noch von einer absoluten Mehrheit des Landtages gewählt werden, während bisher unter Umständen eine relative Mehrheit ausreichte. Der Zweck dieser Aenderung war offensichtlich, einem reaktionären Rechtsblock, der voraussichtlich im neuen Landtag über mehr Mandate verfügen wird als die jetzigen Regierungsparteien, eine Regierungsbildung unmöglich zu machen, damit dann die gegenwärtige „demokratische“ Regierung als geschäftsführende im Amt bleiben kann. Man hat also die Spielregeln der formalen Demokratie etwas geändert, um so dem Faschismus das demokratisch-legale Vordringen zu erschweren. Das war im vorliegenden Falle dem Gedanken nach richtig. Aber damit ist das Hauptproblem nicht gelöst; denn was soll nach Einführung dieser neuen Spielregel geschehen, wenn NS und Konsorten die nun erforderliche Mehrheit aufbringen?

Mit jeder bloßen Aenderung der demokratischen Spielregeln ist die Entscheidung, ob man die formale Demokratie oder die Ideale des Sozialismus als Ziel verfolgen will, nur verschoben; und die Unausweichlichkeit dieses Entweder-Oder tritt am Ende nur um so deutlicher hervor.

Es gibt also neben der obengenannten Entscheidung des konsequenten Demokraten konsequenterweise nur die des konsequenten Sozialisten. Sie lautet heute: auf jeden Fall müssen wir uns einen Regenten HIRSH von Halse halten, mag er auch noch so einwandfrei nach den Regeln der formalen Demokratie ans Ruder gekommen sein.

Heute, am 24. April, können wir für die Lösung dieser Aufgabe nur wenig tun. Die Hauptarbeit muß außerhalb des Gebietes der formalen Demokratie, im außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterschaft geleistet werden. Wir haben oft auseinandergesetzt, weshalb wir das Kernstück dieses Kampfes in der Schaffung einer kämpfenden einheitlichen Gewerkschaftsfront der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Parteien sehen. Wenn wir

heute auffordern, der Kommunistischen Partei die Stimme zu geben, so tun wir das im wesentlichen deswegen, weil sie den Geist des Kampfes in der Arbeiterschaft wach hält, während die SPD, im Banne der formalen Demokratie,

den Glauben an den Kampf und diesen selber längst begraben hat.

Den an sich richtigen Einwand, daß die KPD an der überparteilichen Gewerkschaftsfront arbeitet, beantworten wir mit der Feststellung, daß heute keine parlamentarische Partei dies unterläßt, daß insbesondere die SPD das Gleiche tut. Wir werden in den nächsten

Tagen Material zum Beweis dieser Behauptung veröffentlicht, um den an der gewerkschaftlichen Einheit interessierten Kollegen mit aller Deutlichkeit die Gefahr zu zeigen, die hier droht. Das Material ist eine so eindrückende Anklage gegen die SPD, daß man sie unausgeglaubt haben würde, wenn wir sie vor der Wahl veröffentlicht hätten.

De Valera stößt weiter vor. Was treibt ihn?

in Dublin, 22. April.

Der Text des Gesetzes zur Abschaffung des Treuicides ist am Freitag veröffentlicht worden. Das Gesetz enthält verschiedene weitere Abänderungen der irischen Verfassung. Eine der wichtigsten Klauseln erteilt dem Irischen Landtag Vollmacht, die Verfassung auf Grund eines Volksbegehrens abzuändern, und zwar ohne, wie es bisher vorgeschrieben war, auf den englisch-irischen Vertrag Rücksicht zu nehmen. Ein Zusatzantrag der COSGRAVE-Opposition verlangt vor Annahme des Gesetzes Verhandlungen mit der englischen Regierung über die Treuicide-Frage und den Abschluß eines entsprechenden Abkommens. Das DE VALERA-Gesetz bedrohe die Rechte und Freiheiten, die das irische Volk durch den englisch-irischen Vertrag erhalten habe.

Was veranlaßt DE VALERA zu diesen stets erneuten Vorstößen gegen die englischen Ansprüche? Er kennt die Vorteile, die Irland vom Handel mit England hat, viel zu gut, um die Beziehungen zu England ohne weiteres aufs Spiel zu setzen. Seine Bemühungen um die Teilnahme Irlands an der Weltreichskonferenz zeigen das ebenso wie seine Wirtschaftsmaßnahmen: Vor knapp einer Woche meldete der „Manchester Guardian“ von der Einrichtung einer irischen Ausfuhrprämie auf Butter, die durch eine inländische Steuer bezahlt werden und offenbar dazu dienen soll, die irische Butterausfuhr nach England zu erhöhen. Dazu aber sind gute Beziehungen zu England erforderlich. Das englische Blatt erklärt mit leiser

Hohn: „Irische Butter schmeckt gut, und wir werden froh sein, sie billig zu erhalten... Aber, was wird siegen, die Unabhängigkeit oder die Butter?... Die irischen Bauern sind ein schlaues Volk, man kann daher annehmen, daß auf die Dauer die Butter siegen wird. Und dann werden wir zwei gute Gründe haben, sie zu lieben.“

In englischen Zeitungen wird vielfach die Meinung vertreten, daß der Kampf gegen die irischen Verpflichtungen England gegenüber im Grunde nicht von DE VALERA ausgeht, sondern von der Irischen Republikanischen Armee (I. R. A.), deren Führer DE VALERA in den Freiheitskämpfen nach dem Weltkrieg selber gewesen ist, deren späterer Führer von COSGRAVE gefangen gesetzt und von DE VALERA bei seiner Regierungübernahme befreit wurden. Jetzt sind sie mißtrauisch ihm gegenüber. Einer von ihnen hat gesagt: „Der britische Imperialismus wird sich bemühen, DE VALERAS Regierung Schritt für Schritt in Konflikte zu treiben mit jeder Bewegung, deren Ziel es ist, den Vertrag zu vernichten und mit ihm das ganze soziale und ökonomische System, das der englische Imperialismus in unserem Land entwickelt hat.“ Die Führer der I. R. A. sind mit der Abschaffung des Treuicides noch nicht zufrieden; sie fordern die Vereinigung Irlands mit den abgetrennten Nordprovinzen in einer von England unabhängigen Republik. Sie hoffen, wie der „Manchester Guardian“ vermutet, darauf, DE VALERA vom Weg der Verfassungsstreue abzurängen und „aus ihm eine imponierende Galionsfigur zu machen, während sie selber das Schiff steuern“.

Einstimmigkeit um jeden Preis Neue Methoden der Vertagung in Genf.

in Genf, 22. April.

Die Beratungen im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz über den dritten Punkt der Tagesordnung, die gestern noch an anscheinend unüberwindbaren Gegensätzen zu scheitern drohten, sind heute morgen überraschend schnell abgeschlossen worden, und zwar abgeschlossen durch einen einstimmigen Beschluß hinsichtlich des strittigen Punktes! Der englische Außenminister SIMON ist auf den erlösenden Gedanken gekommen: „Da man sich nicht darüber einigen konnte, ob die Großkampfwaffen vernichtet oder internationalisiert werden sollten, hat man sich entschlossen, sie entweder zu vernichten oder zu internationalisieren. Das Ei des Kolumbus, wenn es nur darauf ankommt, gemeinsam die Finger zu heben; inhaltlich besagt die Einigungsformel so viel, wie die bekannte Bauernregel: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich's Wetter, oder es bleibt wie es ist.“

In der Aussprache hat einzig und allein Litwinow offen über den Kompromißvorschlag gesprochen, der nichts weiter ist als ein getarnter Vertagungsbeschluß, und der nur die Gefahr in sich birgt, daß er später von den einzelnen jetzt zustimmenden Mächten im Sinne ihrer Interessen interpretiert wird.

Frankreichs Interessen kommt der Beschluß insofern entgegen, als die Franzosen eine Vertagung der ganzen Verhandlungen bis nach den Kammerwahlen sehr wünschen. Wie es heißt, wird die französische Abordnung am Sonnabend morgen offiziell einen Vertagungsantrag einbringen.

TARDIEU und BRÜNING haben einander in Genf mehrfach getroffen und ausführlich mit einander gesprochen. Von Ergebnissen dieser Aussprachen ist noch nichts bekannt geworden.

Kirchenschätze und Goldwährung.

Der Metropolit von Athen, der mit den zuständigen Behörden wegen Aufrechterhaltung der Goldbasis für die Drachme durch eine allgriechische Stützungsaktion verhandelt, hat nunmehr erklärt, daß die 1300 orthodoxen Kirchen Griechenlands zur Hergabe ihrer Gold- und Silberschätze bereit seien. Durchschnittlich dürfte jede Kirche für mindestens 10 000 Drachmen (etwa 400 M) goldene Kirchengeräte, Opfergaben u. s. w. besitzen. Die größeren griechischen Vereinigungen sind zu einer Besprechung eingeladen, um über die Sammlung von Gold und wertvollen Schmuckstücken zu beraten, die bei der Bank von Griechenland hinterlegt werden sollen.

Während fast alle griechischen Stellen diese allgriechische Stützungsaktion für die Drachme begrüßen und über die Verwirklichung dieses Gedankens mit Finanzfachleuten verhandeln, bezeichnet der Wirtschaftsminister den Plan als unsinnig.



PORGY.

Ein Neger-Roman
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(3. Fortsetzung.)

Peter, klug wie immer, hatte im voraus schon mit Porgy das Nötige für diesen Augenblick besprochen, da er sich nicht von ihm überraschen lassen wollte. Als er ihm nämlich vom Wagen geholfen, hatte er ihn in möglichster Nähe des Zaunes untergebracht, so daß er schnell wieder auf die Straße hinausgeschafft werden konnte.

„Wer als Letzter den Friedhof verläßt, ist der nächste, der begraben wird!“ — an diesen alten Spruch hatte er dabei seinen Freund erinnert.

Jetzt, während noch die letzte Schaufel Erde in die Grube geworfen wurde, kam er schnell auf Porgy zugehauert und trug ihn auf die Straße hinaus. Hinter ihnen erhob sich plötzlich ein dröhnendes Stampfen, das den Boden erzittern ließ wie unter den Hufen einer Viehherde. Die Leidtragenden tosten an ihnen vorüber, sich stoßend, drängend, vorwärtsstürmend. Einige haiften ihren schwächeren Freunden, andere kämpften rücksichtslos — nur, um rasch jenseits der Einfriedigung zu gelangen. Mitten unter der Menge jagte mit wehendem Gewande der Prediger davon. In unglaublich kurzer Zeit war der Friedhof geleert.

Jetzt erst erhob sich hinter einem Busch in der Nähe des Grabes, der sie den Blicken verdeckt hatte, die alte Negerin, die als erste ihrem Schmerz jammernd Ausdruck verliehen. Von Erregung überwältigt, hatte sie selbstvergessen dort gekniet. Langsam wankte sie auf die Straße hinaus.

„Das tut nichts, Schwester!“ sagte der Prediger tröstend zu ihr. „Gott liebt die Gerechten!“

Beglückt, aber verwirrt von der Aufmerksamkeit, deren Mittelpunkt sie war und deren Grund sie noch immer nicht begriff, lächelte die alte Frau still vor sich hin, als man ihr in den Wagen hinauf half.

Schon während des Begräbnisses war die Sonne hinter Wolken verschwunden, die schnell vom Meer her aufgezogen waren, — jetzt fielen dicke Tropfen auf die Fahrzeuge und das verlassene Grab.

„Das gilt dem armen Robbins!“ meinte Porgy nachdenklich. „Gott schickt den Regen, der seine Fußspuren von der Erde abwaschen soll.“

„So ist es, Bruder!“ pflichtete eine Frauenstimme ihm bei, und eine andere setzte hinzu: „Amen, mein Jesus!“

Am Frühlachmittag nach der Begräbnisfeier saß Porgy mit Peter zusammen vor seiner Tür im Gespräch. Der alte Mann hörte ihm, den grauen Kopf geneigt, eine Weile schweigend zu. Auf seinem zerfurchten Gesicht lag der Ausdruck verhaltener Zärtlichkeit.

„Ja, ja, — Robbins war ein guter Mensch!“ sagte er endlich nachdenklich. „Crown aber, der Nigger, ist ein Mörder und wird niemals mehr Ruhe finden!... Draußen liegt nun der Robbins, hier jammern sein Weib und die vaterlosen Kinder, — Crown aber ist fort und wird anderswo das gleiche Unheil anrichten!“

„Ja, — er ist verschwunden!... Ich schätze, er wird sich auf der Kittiwär-Insel im Palmendickicht versteckt halten... Der Strick, mit dem sie ihn fangen und hängen werden, ist jedenfalls noch nicht gedreht!“

Porgy brach plötzlich ab und wies mit einer Kopfbewegung nach einem Mann, der oben den Hof betreten hatte. Es war ein Weißer, kräftig von Gestalt, mit einem breitrandigen Hut und einem Knebelbart. Einen schweren Stock schwingend, überquerte er geraden Weges den Hof und blieb vor den beiden stehen. Einen Moment blickte er mit finster gerunzelten Augenbrauen auf sie nieder, dann schlug er seinen Rock zurück, wodurch sein Detektivabzeichen und ein großer Revolver, den er in einem Halfter am Gürtel trug, sichtbar wurden.

„Du hast Robbins umgebracht!“ fuhr er plötzlich unvermittelt Peter an. „Dafür wirst du jetzt aufgehängt. Vorwärts, marsch!“

Er ließ dabei energisch seine feste Hand auf die Schulter des alten Mannes fallen.

Peter fuhr erschrocken zusammen, seine Augen krochen in den Kopf zurück. Mehrere Male setzte er vergeblich zum Sprechen an, — dann sagte er schließlich:

„Bei Gottes Allmacht, — Herr, das hab' ich nicht getan!“ Blitzschnell flog der Revolver aus dem Halfter, die Mündung auf seine Stirn gerichtet.

„Wer hat es denn getan?“ schnauzte der Mann. „Crown, Herr, — ich selbst hab' es gesehen!“ schrie Peter voll Todesangst.

Der Mann lachte kurz auf. „Ich dacht' es mir schon!“ sagte er und wandte sich dann an Porgy:

„Du hast es auch gesehen, — was?“

In Porgys Gesicht malte sich zitternde Furcht, seine Hände hatten sich im Schoß verkrampft, aber seine Augen blieben fest aufs Pflaster gerichtet. Tief Atem holend wartete er ab.

Das weiße Gesicht über ihm verzog sich zu einer ärgerlichen Grimasse.

„Vorwärts, — heraus mit der Sprache! Sonst muß ich nach dem Gesetz mit dir verfahren!“

Porgys einzige Antwort war das leichte Beben seiner Hände im Schoß. Das Gesicht des Detektivs verfärbte sich dunkelrot, unter seiner Hutkrempe zeigten sich Schweißtropfen. Plötzlich brach seine Wut los.

„Sieh mich an, verdammter Nigger!“ tobte er.

Langsam schloß sich Muskel für Muskel der vor ihm sitzenden Gestalt zu entspannen. Zuletzt löste sich auch der Krampf aus den Händen, die jetzt gekrümmt, unbeweglich im Schoße ruhten. Schließlich hob Porgy die Augen, die hart und undurchdringlich geworden waren. Ohne mit der Wimper zu zucken, begegnete er dem wütenden Blick, der ihn von oben herab traf. Dann sagte er langsam und in größter Ruhe:

„Ich weiß nichts von der Sache! Als sie geschah, lag ich schlafend im Bett, und meine Tür war verschlossen!“

(Fortsetzung folgt.)

Nationalist oder Kommunist? Zum Scheringer-Prozeß.

Von Nora Block.

Leutnant a. D. SCHERINGER, seit März 1932 Mitglied der KPD, ist vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu zwei Jahren sechs Monaten Festung verurteilt worden. SCHERINGER wurde für schuldig erklärt, fortgesetzt handelnd Vorbereitung zum Hochverrat getrieben und einer staatsfeindlichen Verbindung, nämlich dem Funktionärkörper der KPD, angehört zu haben.

Das Urteil im Fall SCHERINGER zeigt eine Verschärfung der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts in der Frage des sogenannten literarischen Hochverrats. Denn man hat in das Anklagematerial Privatbriefe SCHERINGERS aufgenommen, Privatbriefe sind aber bis dahin niemals Gegenstand einer Anklage wegen Hochverrats gewesen. Eine weitere Verschärfung der bisherigen Rechtsprechung liegt in der Erweiterung des Begriffes des literarischen Hochverrats durch die Einführung des sogenannten bedingten Vorsatzes. Die Verteidigung wies darauf hin, daß SCHERINGER lediglich den Vorsatz gehabt habe, den Erörterungen über ihn ein Ende zu machen. Aber es seien keine Beweise da für einen bedingten Vorsatz, den Hochverrat vorzubereiten und eine staatsfeindliche Verbindung zu unterstützen.

Wir haben im „Funken“ Nr. 27, von 2. Februar 1932, bereits darüber berichtet, wie das Reichsgericht Hochverratsanklagen konstruiert, indem z. B. Serien von Aufsätzen kommunistischer Redakteure, Aufsätze, die ohne jeden Zusammenhang geschrieben und veröffentlicht wurden, und von denen jeder einzelne, für sich betrachtet, keine strafbare Handlung darstellt, vom Reichsgericht in einen Zusammenhang gebracht werden und ihnen eine hochverräterische Absicht unterstellt wird.

In der willkürlichen Schaffung eines solchen „Zusammenhangs“ lag, wie der Verteidiger SCHERINGERS ausführte, der juristische Kern des Prozesses. Die Verteidigung vertrat den Standpunkt, daß alle Kundgebungen und Erklärungen SCHERINGERS, die das Anklagematerial bildeten, aus besonderem Anlaß erfolgt und vollkommen regellos und unsystematisch veröffentlicht worden seien. Das Reichsgericht ist dieser Auffassung nicht gefolgt, sondern führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß alle Kundgebungen SCHERINGERS darauf hinausgegangen seien, die Revolution zu fordern. Damit aber habe er objektiv und subjektiv die Vorbereitung des Hochverrats betrieben.

Worin liegt die politische Bedeutung des SCHERINGER-Prozesses?

Obgleich es sich bei SCHERINGER nicht um einen Arbeiter, sondern um einen Bürgerlichen handelte, genügte die Tatsache, daß sich SCHERINGER in der KPD organisiert hat, ihm die übliche Behandlung von Kommunisten zuteil werden zu lassen. Nach der Ton, den man dem Leutnant a. D. gegenüber anschlug, vielleicht höflicher war, als dies sonst gegenüber Kommunisten der Fall ist.

Der Klassencharakter der Reichsgerichts-Justiz kommt in ihren Urteilen zum Ausdruck, wonach in der bloßen Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der KPD praktisch bereits ein strafwürdiger Tatbestand erblickt wird. LIEPMANN, der bedeutende bürgerliche Strafrechtslehrer, der vor einigen Jahren gestorben ist, sagt in seinem Buch: „Kommunisten-Prozesse“ vom Reichsgericht und dessen Rechtsprechung:

„... aber wird „im Namen des Rechts“, in Wirklichkeit aber gegen Recht und Gesetz in Menschenschicksale eingegriffen und darüber hinaus eine fortgesetzte demoralisierende ... Unterhöhnung des Glaubens an die „Justitia“ (Gerechtigkeit) vorgenommen ...“

Ist in SCHERINGER ein Kommunist verurteilt worden? Die Beantwortung dieser Frage sollte für die Führung der KPD mindestens so wichtig sein, wie die Entlarvung des Reichsgerichts als eines Klassengerichts. Denn: gefährlicher als die leicht erkennbaren Klassenrichter sind Klassengegner in den eigenen Reihen.

Wer ist SCHERINGER?

Zunächst ein Bürgerlicher, der aus einer Soldatenfamilie stammt. Nach den im Leipziger Prozeß über seine Person gemachten Mitteilungen, mußte SCHERINGER als Unterprimaner aus Koblenz fliehen, wo er sich an einer separatistischen Geheimdruckerei beteiligt hatte und von den Franzosen in Abwesenheit zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. SCHERINGER trat in die Schwarze Reichswehr ein. Er nahm teil am Küstriner Putsch. Er wurde Mitglied der Reichswehr und hat im Ulmer Reichswehr-Prozeß, in welchem HITLER seine bekannte Legalitäts-Erklärung abgab, eine Rolle gespielt. SCHERINGER ist an führender Stelle in der faschistischen Bewegung tätig gewesen. Wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Reichswehr wurde SCHERINGER 1930 zu Festungshaft verurteilt. Während dieses Festungsaufenthaltes vollzieht sich bei SCHERINGER der Umschwung: er wird Kommunist. Und wegen seiner Tätigkeit, die er im Interesse seiner revolutionären Ideen während des Festungsaufenthaltes in Gollnow entfaltet, wurde er erneut unter Anklage wegen Vorbereitung hochverräterischer Handlungen gestellt. Es war diesmal nicht die NSDAP, sondern die KPD, deren hochverräterische Tendenzen SCHERINGER unterstützt haben soll.

Nicht die Tatsache, daß SCHERINGER aus einer bürgerlichen Familie stammt, braucht ihn verdächtig zu machen. Nicht einmal unbedingt die Tatsache, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit von den Faschisten zu den Kommunisten hinübergewechselt hat, wenn auch diese Tatsache zunächst den Eindruck einer gefährlichen Ziel- und Richtungslosigkeit erweckt. Zunächst; bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß SCHERINGERS „Stellungswechsel“ auf planmäßiger Ueberlegung beruht, die sich an einem bestimmten Ziel orientiert.

Das wird klar aus SCHERINGERS Begründung für seinen Uebertritt von HITLER zu THÄLMANN. In Leipzig sind diese Gründe eingehend erörtert worden.

Ehe SCHERINGER zur KPD übertrat, hat er Aussprachen mit GOEBBELS und HITLER gehabt. Er hat GOEBBELS nach München begleitet und hat ihm Fragen vorgelegt, an deren Beantwortung ihm, der gehofft hatte, daß die NS die deutsche Revolution vorbereiten würden, besonders lag.

GOEBBELS sei seinen Fragen indessen immer ausgewichen. Auf die Frage nach der „Brechung der Zinsknechtschaft“ läßt GOEBBELS gesagt, das sei „FEDERScher Unsinn“.

An HITLER hat SCHERINGER die Frage gerichtet, wie er zur Macht gelangen wolle? Darauf habe HITLER gesagt: auf dem legalen Wege, — eine Antwort, die SCHERINGER nicht befriedigte. Auch STENNES habe ihm in Berlin keine befriedigende Antwort gegeben. „Darauf habe er sich an die Kommunisten gewandt und mit dem Abgeordneten KIPPENBERGER eine ausführliche Besprechung gehabt, die seine Zweifel am Kommunismus vollends zerstreut“ hätte. In völliger Uebereinstimmung mit seiner politischen Vergangenheit gibt SCHERINGER als Beweggrund seines Handelns den Wunsch an, Deutschlands Befreiung herbeizuführen und den Kampf gegen den Westen, gegen Versailles, zu unterstützen. Hierzu will er die Bundesgenossenschaft Rußlands, wie er offen erklärt,

Auf eine Frage des Vorsitzenden: „Sie glauben also, daß nur Arm in Arm mit Rußland die nationale Befreiung Deutschlands erfolgen könne?“, antwortete SCHERINGER: „Nur! Und wenn ich das sage, so spreche ich im Namen der ehrlichen Nationalisten ...“

Alle Erklärungen SCHERINGERS, die die Beweggründe seines Handelns betreffen, zeigen: sein Ziel ist die nationale Befreiung Deutschlands.

Für den Uebertritt SCHERINGERS von der NSDAP zur KPD ist kein Umschwung der Gesinnung entscheidend gewesen. Dies geht aus den eigenen Äußerungen SCHERINGERS während des Prozesses vor dem Reichsgericht hervor. Es findet seine Bestätigung durch die Verteidigung OBUCHS, der ausführte:

„... damals, als der Angeklagte noch nicht zur kommunistischen Partei gezählt habe, sei man den Konflikten, die sich für ihn aufgestellt hätten, gerechter geworden als heute. Es sei übersehen worden, daß es sich bei SCHERINGER um eine tiefe Verankerung bestimmter Grundanschauungen gehandelt habe, die sich nicht gewandelt hätten.“

SCHERINGER bekennt sich also nach wie vor zu nationalistischen Zielen. Und hier sollten sich die kommunistischen Arbeiter, sollte sich die Führung der KPD fragen:

sind die Ziele eines SCHERINGER die Ziele der KPD?

Es sprechen allerdings zur Zeit erschreckend viele Anzeichen für eine gewisse Uebereinstimmung nationalistischer und kommunistischer Ideen. Es ist hier nicht der Platz, die Ursachen solcher Uebereinstimmung festzustellen. Die Notwendigkeit besteht aber, die KPD und ihre Politik sorgfältig daraufhin zu beobachten, wie weit sie nationalistische Strömungen zeigt. Die Gefahr eines National-Kommunismus ist um so größer, solange in der KPD Menschen wie SCHERINGER nicht nur aufgenommen werden, sondern in einer geradezu peinlichen Art und Weise in den Mittelpunkt gerückt und zum Gegenstand unverdienter Bewunderung gemacht werden.

Die KPD will offenbar SCHERINGER als Aushängeschild für SA- und SS-Mitglieder und ähnliche Menschen verwenden, was — für sich gesehen — nicht unklug wäre. Nur bleibt die Frage, wo bei so beherrschendem Einfluß jener Nationalisten schließlich der Sozialismus bleibt. In einem langen Brief an SCHERINGER schreibt das ZK unter anderem:

„Dein kühnes Auftreten vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts angesichts einer drohenden langjährigen Freiheitsstrafe wird im Bewußtsein deiner ehemaligen Kameraden von der SA noch deutlicher und überzeugender als dein Uebergang zur kommunistischen Partei vom März des vergangenen Jahres die Gewißheit verstärken, daß nur in den Reihen des Klassenbewußten Proletariats Platz und Möglichkeiten für revolutionäre Ueberzeugungen und Tatkraft sind.“

Und inzwischen teilt die „Rote Fahne“ mit, daß ein alter Freikorps-Führer, B. RÖMER, in die KP eingetreten sei. Die Gefahr für die KP wächst damit — denn Strategen für den proletarischen Kampf sind weder SCHERINGER noch RÖMER.

Quittung

über Spenden für den Pressofonds des „Funken“:

H. B. in M. 2,80 M; W. L. in F. 5,— M; C. B. in D. 2,— M; A. W. in B. 2,— M; H. J. in B. 100,— M; R. L. in B. 47,70 M; J. R. in B. 5,— M; O. S. in B. 5,— M; J. B. in B. 5,— M; K. K. in B. 5,— M; H. P. in B. 2,— M; H. M. in B. 4,— Mark.

Wir danken den Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Pressofonds.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß bei uns Werbemarken zum Preise von 10, 20 und 50 Pf. zu haben sind. „Der Funke“.

Der Alte Fritz

über Gehalts- und Lohnabbau.

Auch zu Zeiten des alten Fritz gab es weise Leute, die die Wirtschaft aufbessern wollten durch Lohn- und Gehaltsabbau. Wie anständig und gescheit sich der alte Fritz in solcher Lage verhielt, beweist eine aus dem Jahre 1786 stammende, von Friedrich dem Großen eigenhändig unterschriebene Kabinettsorder, in der sich der König zu dem Vorschlag eines der Räte, den Arbeitern der Königlichen Tabakfabrik den Lohn um ein Viertel zu kürzen, mit folgenden Worten äußert:

„Ich danke dem Herrn Rath für seine gute Gesinnung und seinen ökonomischen Rath, finde aber denselben um so weniger acceptable, da die armen Fabriquearbeiter ohnehin so kümmerlich leben müssen und ihre Kräfte bey den theuren Lebensmitteln vollends zusetzen. Indessen will Ich doch seinen Rath und die darin bemerkte gute Gesinnung annehmen und seinen Vorschlag an ihm selbst zur Ausübung bringen. Dem zu Folge werden ihm von nun an jährlich tausend Reichsthaler am Tractamento abgezogen mit dem Vorbehalte, daß er sich übers Jahr wieder melden und Mir berichten kann, ob dieser Etat und Abzug seiner eigenen häuslichen Einrichtung vorteilhaft oder schädlich sey. Im ersten Falle will Ich ihm von seinen ohnehin so großen als unverdienten Tractamento von viertausend Reichsthalern auf die Hälfte heruntersetzen und bey dieser seiner Beruhigung seinen patriotische als ökonomische Gesinnung loben und auch bey anderen, die sich dieserhalb melden werden, diese Verfügung in Application bringen.“

Potsdam, den 29. Juni 1786.

Friedrich.“

Der unfrüglichste Maßstab.

Einige Tatsachen über Tierschinderei.

W. P. In einer Braunschweiger Tageszeitung las ich vor kurzem:

„Erzhausen. Tierquälerei. Eine ganz gemeine Tat wurde am Donnerstag hier verübt. Dem Hunde des Lehrers Reuper wurden von unbekanntem Tätern die Geschlechtsteile herausgeschnitten! Diese Tat muß am hellen Tage geschehen sein. Der oder die Täter müssen ganz vorsichtig zu Werke gegangen sein, da niemand irgendein Geheul gehört hat. Landjäger Bode (Greene) hat die Ermittlungen aufgenommen. Es

ist zu wünschen, daß diese schändliche Tierquälerei aufgeklärt wird und die Täter mit einer empfindlichen Strafe bedacht werden!“

Auch ich bin der Meinung, daß der Täter mit einer empfindlichen Strafe bedacht werden sollte.

Fast jeden Morgen komme ich an einer Brutanstalt vorbei. Dort hing in den letzten Wochen eine Tafel aus, auf der zu lesen war:

„Junge Kapaune, geschlachtet und gerupft. Pfund“

Kapaune? Das sind doch Hähne, an denen die gleiche Operation vorgenommen worden ist wie an jenem Hunde.

Als Junge habe ich oft zugesehen, wenn Ferkel kastriert wurden. Ein Mann saß mitten im Stall auf einem Schemel. Ein Ferkel nach dem andern wurde ihm zugereicht. Er prostete das quiekende und zappelnde Tier zwischen die Knie. Bei den männlichen Tieren schnitt er den Hodensack auf und riß die Hoden heraus. Den weiblichen Tieren machte er einen Schnitt in die Bauchwand, griff mit zwei Fingern in die Bauchhöhle, riß eine blutige Masse heraus und warf sie fort. Dann nahm er eine krumme Nadel und Bindfaden und nähte das Loch wieder zu.

Nicht nur Hähne und Ferkel werden kastriert. Auch andere Tiere müssen diese Operation an sich vornehmen lassen. Und warum? Damit das Fleisch der Hähne wohlgeschmecker und die Mast der Schweine erleichtert wird; damit die Ochsen „zahn“ und die Pferde „fromm“ werden. Das heißt also: der Mensch unterzieht die Tiere dieser barbarischen Behandlung, um sein Interesse an einem genießerischen und bequemen Leben zu befriedigen. Darum steht diese Kastration unter gesetzlichem Schutz. Wer Menschen, die diese Kastration als Gewerbe betreiben — unter anderem die Tierärzte —, deswegen als Tierquäler bezeichnen würde, würde sicher wegen Beleidigung bestraft werden.

Aber ist Barbarei nicht mehr Barbarei, Grausamkeit nicht mehr Grausamkeit, wenn sie nach den geltenden Gesetzen nicht bestraft wird?

„Es ist der unfrüglichste Maßstab für die Rechtllichkeit des Geistes einer Gesellschaft, wie weit sie die Rechte der Tiere anerkennt. Denn während die Menschen sich nötigen-

falls, wo sie als Einzelne zu schwach sind, um ihre Rechte wahrzunehmen, durch Koalition, vermittelt der Sprache, zu allmählicher Erzwingung ihrer Rechte zusammenschließen können, ist die Möglichkeit solcher Selbsthilfe den Tieren versagt, und es bleibt daher allein der Gerechtigkeit der Menschen überlassen, wie weit diese von sich aus die Rechte der Tiere achten wollen.“ (LEONARD NELSON: „System der philosophischen Rechtslehre und Politik.“ Seite 324 f.)

Bier ist Trumpf!

H. Lt. Anläßlich der Wahlen zum bayerischen Landtag hat der Münchener Ortsverein der Bayerischen Volkspartei am 16. April eine Wahlzeitung herausgegeben. In weiß-blauen Farben führt dieses Blatt den Titel:

„Für Volk und Heimat. Ein Blatt für denkende Wähler.“

Wo denkt die Bayerische Volkspartei, ihre denkenden Wähler zu finden? Im Hofbräuhaus! Denn mit fetten Lettern verkündet eine Ueberschrift:

Erfreuliches aus dem Hofbräuhaus.

Und man liest weiter:

„In diesen ersten Zeiten konnte im Bayer. Landtag auch einmal etwas Erfreuliches berichtet werden. Unser Parteiführer SCHÄFFER, der derzeitige Leiter des Bayer. Finanzministeriums, konnte Anfang April bekanntgeben, daß in den Lokalitäten des Staatl. Hofbräuhauses, in denen auf Anordnung der Bayer. Staatsregierung der Bierpreis vom 20. März ab um (gegenüber Februar) insgesamt 10 Pf. gesenkt worden war, eine Steigerung des Absatzes von mehr als 30 Prozent eingetreten ist. Wenn man die Werkstage allein rechnet, so sei sogar eine Steigerung um 62 Prozent eingetreten. . . .“

Die Bayer. Staatsregierung ist es gewesen, die gegen den Widerstand der anderen größeren deutschen Länder für die Senkung der Reichsbiersteuer und eine vernünftige Senkung der Gemeindebiersteuer eingetreten ist. . . . Die Bayer. Staatsregierung hatte auch in stiller, zäher, monatelanger Arbeit die Voraussetzung geschaffen, die in dem einen nur bestehen konnten, die bayerischen Finanzen so in Ordnung zu bringen, daß auch ein solcher Ausfall hingenommen und gedeckt werden kann.“

Mit diesem Trumpf im demokratischen Kartenspiel hofft die Bayerische Volkspartei, jede andere Karte ihrer Gegner zu stechen und die meisten Wählerstimmen zu gewinnen.

Katholizismus, die Hauptsorge des Zentrums.

Prälat Kaas spricht.

Koblenz, 22. April.

Zu den Harzburgern:

Wenn das System des Dritten Reiches Wirklichkeit werde, dann werde man unter Garantie zu den Methoden zurückgreifen, mit denen man die Katholiken zweiter Klasse stempeln wolle. Der Eindruck, den die Anhänger des Dritten Reiches auf die auswärtigen Mächte machten, sei nicht der, durch den das Ansehen des Deutschen Reiches gefördert werde.

Wenn nun Herr HUGENBERG sage, er brauche das Zentrum nicht mehr, so müsse man ihm antworten, man wolle ihn nicht, weil man ihn in noch zu guter Erinnerung habe.

Zur „Reichsbanner“-Frage:

„Ich sträube mich in keiner Weise dagegen, daß von seiten der Reichsregierung eine größere Prüfung durchgeführt wird, ob nach diesem Verbot sich auch die ent-

sprechenden Konsequenzen für die anderen Kampforganisationen politischer Parteien ergeben. Es kann nicht von Gutem sein, wenn man diese Dinge nur parteipolitisch betrachten will. Ich verstehe es, aus welchen Erwägungen das „Reichsbanner“ gegründet wurde. Aber wenn der Staat durchgreift der einen Seite gegenüber, muß auch nach der anderen Seite die Grenze gezogen werden.“

Man sieht also, daß die SP Herrn KAAS hauptsächlich deshalb angenehmer ist, weil sie die Katholiken gut behandelt, die Freidenker zu Menschen „zweiter Klasse gestempelt“ hat. Dagegen kommt Herr KAAS nicht einmal dem „Reichsbanner“ zu Hilfe, sondern versteht alles, auch wenn „nach der anderen Seite die Grenze gezogen“ werde. Leider wird die SP wohl nie die Grenze ziehen zwischen Sozialismus und Katholizismus.

Hugenberg-Parade im Berliner Sportpalast.

Berlin, 22. April.

In der Wahlversammlung der DNVP am Donnerstag, beschwor HUGENBERG den Geist von Potsdam. In dem mit Bildern Friedrichs des Großen geschmückten Sportpalast spielte eine Kapelle in friderizianischer Uniform alte preussische Militärmärsche.

Aus HUGENBERGS-Rede:

„Die Preußenwahl muß eine Mehrheit aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten bringen; aber in dieser Mehrheit müßten die Deutschnationalen in ausschlaggebender Stärke vertreten sein. Mögen die Nationalsozialisten auch heute im Lande noch so ungebärdig schimpfen — im Landtag, wo uns der gemeinsame Feind gegenübersteht, werden sich die Reihen schon wieder schließen. Wenn wir auf die Fehler der Nationalsozialisten hinweisen, so deshalb, damit wir nicht in einen Topf mit ihnen geworfen werden und dann viele Menschen, aus Angst vor solchen Fehlern, von der nationalen Opposition überhaupt ferngehalten werden.“

Natürlich kam auch das bei Wählern beliebte Thema der Korruptionsskandale auf der Gegenseite zur Sprache. HUGENBERG weiß seine Partei davon völlig rein. Er macht es sich bequem, indem er sagt, mit den Vorgängen in der „privaten Wirtschaft“ hätten die rechten politischen Parteien nichts zu tun.

Nachdem dann noch der „Arbeiterführer“ RÜFFER gegen den Internationalismus gewettert, Frau Dr. NEUMANN gegen

Krümpersystem im Mansfelder Bergbau?

Halle, 22. April.

Am Dienstag beginnen in Eisleben Verhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Verwaltung der Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb über die Neugestaltung des von der Mansfeld A. G. gekündigten Manteltarifs. Zwischen den Betriebsräten der Mansfeld A. G. und den in Betracht kommenden Arbeitssämtern schweben zurzeit bereits Verhandlungen über die Einführung des Krümpersystems bei der Mansfeld A. G. Die Gewerkschaften sind in dieser Frage noch nicht angegangen worden.

die von den Kultusministern BECKER und GRIMME geförderte Gottesfremdheit und den Pazifismus gejamert hat, stellte auch der „Stahlhelm“-Gauführer VÖLCKE noch seine Wahlwünsche auf: wir wollen zurück zur Gottesfurcht und frommen Zucht der Väter, zurück zu angestammter Treue, zum altpreussischen Begriff der Pflicht; den Preußenstaat des Großen Kurfürsten, Friedrich des Einzigen, König Wilhelm I., den Staat eines STEINS und BISMARCKS, den wollen wir wieder haben. Wir bekennen frei und offen unseren heiligen Glauben, daß der starke Staat unserer Sehnsucht nach Erköpfung der deutschen Freiheit überstrahlt sein wird vom Glanz der deutschen Kaiserkrone. Darum auf in den Kampf mit der altpreussischen Losung: mit Gott für König und Vaterland!

Eine unerhörte Verordnung.

Wie man Geld schnorrt.

Frankfurt a. d. O., 22. April.

Der Polizeipräsident teilt mit: Für sämtliche auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 auszustellenden Bescheinigungen über die Anmeldung einer Versammlung, eines Aufzuges oder einer Personalfahrt auf Lastwagen, sowie für die Bescheinigung darüber, daß ein Plakat oder ein Flugblatt der Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorgelegt worden ist, wird von jetzt an eine Gebühr von 2 Mark erhoben. Die beantragten Bescheinigungen werden erst nach Entrichtung der Gebühr ausgestellt. Der Betrag von 2 Mark wird deswegen am besten gleichzeitig mit der Anmeldung der Versammlung, des Aufzuges oder der Lastwagenfahrt bzw. der Vorlage des Flugblattes oder des Plakates mit eingezahlt.

Auf solche Weise kann man schließlich jede Bewegung lahmlegen — man braucht sie nur mit hinreichend viel Verwaltungskosten zu belegen. Das kann den politischen Staatsbürger eine Menge Geld kosten, wenn er den ganzen Stab der prüfenden Nichtsnützer bezahlen soll; hoffentlich kriegen sie nicht alle ein Brot-Gehalt.

Reichsminister GROENER ist am Freitag abend von Berlin nach Süddeutschland abgereist, wo die angekündigte Besprechung mit dem Reichskanzler über die „Reichsbanner“-Frage stattfinden wird.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 24. April.

Berlin:

19.00 Bekanntgabe der Wahlergebnisse bis zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses (über alle deutschen Sender).

Hamburg:

20.00 RICHARD-WAGNER-Abend.

Königswusterhausen:

17.50 Junge Generation spricht: Getrennte Weltanschauungen — Gemeinsame Politik.

Langenberg:

12.10 Dr. BURCHARDT: Das heutige Urlaubsrecht.

Leipzig:

11.30 Reichssendung einer BACH-Kantate.

18.30 Baumwolle und Petroleum, aus dem neuesten Roman von BRUNO TRAVEN.

Mühlacker:

14.00 Administrator SIEBOLD: Was bringt der freiwillige Arbeitsdienst der Landwirtschaft?

Montag, den 25. April.

Berlin:

19.20 Dr. RAEUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Königsberg:

17.50 Prof. W. RECKE: Danzig und der Osten — Rußland und Polen

Königswusterhausen:

19.30 Güterdirektor BUSS: Betriebswirtschaftliche bäuerliche Selbsthilfemaßnahmen.

Mühlacker:

18.25 Dr. MILLNER: Das Kartellwesen.

Wien:

7.00 Die Ergebnisse der Wahlen in Deutschland und Oesterreich.

20.50 Sinfonie-Konzert.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Der 9. Allrussische Gewerkschafts-Kongress.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ah zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straß. und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 96, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.

Vorgesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.

Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher wertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier
Kanne 1.— RM Pfand.

Frischkost-Belehnhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel

III Tadelloser Sitz III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.

Stoffmuster vorrätig.

WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzjahresband, Preis M. 4,80

(über 8 Wochenraten zu M. 0.60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24

Burgstraße 8, Postfach: Hamburg 85167

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Höhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

C. Lotze

Göttingen

Johannisstr. 2

Butter

Käse, Eier

Landbrot

Werbeprospekte

Zeitungen

Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verleger, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf Sammelnummer PI Moritzplatz 6-67

Ahasvers

Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

887 Seiten, M. 1,—

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenstolz, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Die Berliner Stadtrandsiedlung.

M.S. „Der erste Spatenstich“ — „Ein erfreulicher Beginn“ — diese Überschriften in den Zeitungen hatten etwas Sympathisches an sich. Was darunter stand, in den Blättern der bürgerlichen Presse, die mir unter die Augen kamen, vor allem, was die „Germania“ darüber schrieb — war unangenehm, tiefend von Wohlwollen gegen die Erwerbslosen und von Lobhudelei gegen die Behörden, die „dieses große Werk“ in den Zeiten der Not — „wenn auch spät“, „wenn auch mit bescheidenen Mitteln“ — nun doch in die Wege geleitet hatten. Der Reichskommissar für Siedlungswesen war selber zur Eröffnung draußen gewesen, er hatte zu Beginn gesprochen. Zum Ende hatte der Prälat geredet, der den drei Spatenstichen die drei Worte mitgab: „Vater unser — unser täglich Brot — gib uns heute.“

An Tatsachen und Plänen über die Stadtrandsiedlung stand zu lesen, daß die Stadt Berlin 1500 Morgen Land bereitgestellt habe, daß zunächst 1800 Siedlerstellen vorgesehen seien, die auf 1930 erhöht werden sollen, daß in etwa drei Monaten hier, am Rande der Reichshauptstadt „eine der ersten und größten Erwerbslosensiedlungen“ aus dem Boden gewachsen sein werde, ferner einige Angaben über die Kosten und über die Verpflichtungen der Siedler.

Was für — was gegen die Stadtrandsiedlung zu sagen ist, ist allgemein gesprochen dies: für die Arbeiterklasse ist diese Art der Siedlung sowohl vom volkswirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkt aus ein Pflaster. Ein Pflaster ist ein Stückchen Zeug, das mit einer desinfizierenden und mildnernden Salbe bestrichen ist zu dem Zweck, Risse und Wunden zu bekleben; sofern dieses Pflaster auf Geschwüre geklebt wird, ist große Vorsicht geboten.

Wer sich gesteht, daß die Erwerbslosenfrage eine Wunde ist, die auf eine innere wirtschaftliche und politische Krankheit hinweist, die sich durch Pflaster nicht heilen läßt, sondern nur durch eine Operation und durch eine Regeneration, d. h. durch eine Erneuerung der Kräfte, der gewinnt die Stadtrandsiedlungen gegenüber ein einfaches und klares Urteil: So lange die Operation und Regeneration der Gesellschaft noch nicht hinreichend vorbereitet ist, ist es in Ordnung, daß diejenigen, die es wollen und die unverschuldet arbeitslos werden, die Erleichterung genießen, für sich selber und ihre Familien draußen ein Stück Erde und ein gesundes Haus zu haben. Eine Lösung der sozialen Frage ist das nicht, nicht einmal ein Anfang dazu. Diese Lösung setzt erst ein bei der landwirtschaftlichen Siedlung, die zum mindesten Selbstversorger unterhält, und auch dies nur, wenn sie begleitet ist von der Zerschlagung des Bodenmonopols, der Kartelle und der Senkung der Zölle.

Der Einwand, daß die Stadtrandsiedlungen viele Steuer-gelder verschlingen, ohne die Kaufkraft der Arbeiterklasse wesentlich zu heben, muß jeweils auf Grund der örtlichen Verhältnisse beantwortet werden. Sollte eine Gemeinde viele Millionen für diese Art der Arbeitsbeschaffung auswerfen, so wäre natürlich zu überlegen, ob dieses Geld nicht an anderer Stelle, z. B. auf Bauernstellen oder zur Ankurbelung der Bauwirtschaft besser verwendet wäre.

Was die Millionenstadt in Rudow, Marienfelde und Buckow jetzt unternommen hat, wird sie nicht bankerott machen, selbst dann nicht, wenn das ganze Projekt, das 1500 Morgen Land vorsieht, einmal ausgeführt sein wird. Ich weiß nicht, wie viele Hektar Land Berlin an Gütern besitzt. Ich weiß nur, daß die Anwohner draußen bei Rudow sagen: „das ganze Land liegt hier seit vielen Jahren brach oder wird nur stellenweise bewirtschaftet.“ Ich weiß nur, daß die Stadt Berlin zur Zeit über 600 000 Arbeitslose hat und daß bei Rudow, wo in der vergangenen Woche zwei Siedlungen mit der Arbeit angefangen haben, je 84 Siedler angesetzt werden. 84 von denen auf der Stelle, wo ich war, zur Zeit nur 60 eingetroffen sind.

Wie sind die Bedingungen? Jeder Siedler erhält 900 bis 1000 qm Land, also noch nicht einen halben Morgen. Die meisten Häuser werden als Doppelhäuser gebaut, mit einem unterkellerten Flur, einer Küche, einem Stallraum, zwei Wohnstuben und einer Dachstube. Elektrisches Licht wird

in Rudow einstweilen nicht gelegt. Ein Brunnen wurde gerade gebohrt für eine zentrale Wasserversorgung. Am 1. Juli wollen die Siedler einziehen. Die Häuser und Wege bauen sie gemeinsam — der Bau liegt in den Händen eines Unternehmers, ein Polier leitet die Arbeiten, die Siedler führen den Bau selber aus. Die Häuser werden, wenn sie fertig sind, durchs Los verteilt werden. 12 bis 15 Obstbäume und 40 bis 50 Beerensträucher, sowie Gartengeräte werden mitgeliefert. Ein Kinderspielplatz wird angelegt — etwa 300 Kinder werden da sein —, ferner eine Gärtnerei, die Pflanzen liefert und deren Leiter die Siedler beraten soll. Einen Laden werden sie nicht einrichten, Konsumautos oder die Läden in Rudow werden das Nötige liefern; der Ort Rudow ist nur etwa 20 Minuten entfernt. Eine Genossenschaft wird gebildet werden zur gemeinsamen Vertretung der Interessen gegenüber der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (die von der Stadt mit der Einrichtung der Siedlung betraut ist), zu gemeinsamem Einkaufen von Dünger und Samen und zu den mancherlei Angelegenheiten, die 84 Familien einer Kolonie betreffen.

Die finanziellen Fragen stehen so (man erfährt nicht alles, z. B. kann man die Baupläne nicht sehen, nicht die Siedlerverträge u. a. — „wegen des vielen Pressegeschmiers“, wie der Leiter sagte): Die Siedler erhalten für die auf 100 Tage angesetzte Arbeitszeit — außer ihrer Erwerbslosenunterstützung — 100,— M, täglich also 1,— M; davon 0,50 M als Fahrgeld, 0,15 M für das Mittagessen; die 0,35 M, die übrig sind, wollen sie entweder auf die hohe Kante legen, um etwas in der Hand zu haben, „wenn es nachher los geht“, oder — darüber ratschlagen sie noch — zum Teil in einer zweiten Mahlzeit anlegen; „die Luft zehrt nämlich.“ Von August an werden sie einstweilen voraussichtlich 2,90 M monatlich Pacht zahlen. Die Pacht rate erhöht sich wahrscheinlich erst nach der zweiten Ernte, also im Herbst 1933 auf 5,90 M, danach langsam steigend bis etwa 15 M, worin dann die Amortisation eingeschlossen ist. In etwa 30 Jahren geht der Besitz in Eigentum über. Wer Geld hat, kann sein Land auch schon nach drei Jahren käuflich erwerben.

Was sagen die Siedler selber, die dort seit wenigen Tagen zusammen sind?

Als ich beim Verlassen der Straßenbahn einen Mann auf der Chaussee, der dort zu warten schien, ansprach, wo es nach der Erwerbslosensiedlung gehe, kniff er die Augen zusammen: „Wollen Sie auch berichten?“ Aber schon nach

wenigen Minuten erzählte er: „Ich gehöre auch dazu. Sehen Sie es sich nur an, die Häuser rutschen nur so hoch!“

Ich ging die Chaussee hinunter, rechts und links Felder, dann nach etwa 15 Minuten hinten im Roggenfeld ein kleiner niedriger Holzschuppen, ein Brunnengestell und Männer. Ich ging auf einem Feldweg hinüber. Es war gerade Mittag. Wieder anfangs mißtrauische Blicke. „Gehn Sie man rein zum Polier, da erfahren Sie nicht viel.“ Ich erfuhr wirklich nicht viel, freilich auch keine Unfreundlichkeit. Als ich bald wieder rauskam und mich schon halb zum Gehen anschicken wollte, fingen sie doch noch ein Gespräch an. Ich bin dann noch beinahe eine Stunde da gewesen.

Von den etwa 30 Doppelhäusern waren die meisten schon abgesteckt, zum Teil schon ausgeschachtet. „Wir schuften hier wie die Wilden; so würden wir nicht schuffen bei 1,58 M Stundenlohn.“ — „Wir haben gerade durchgesetzt, daß die Stuben 2,45 m hoch werden; sie (damit meinen sie die Herren von der Siedlungsgesellschaft) wollten sie nur 2,29 m hoch machen.“ — „Nee, Hitler-Leute haben wir hier keine. Stänkereien können wir hier auch nicht brauchen; kommt auch nicht vor. Wir verstehen hier alle unsere Arbeit; die meisten von uns sind Maurer, Zimmerleute, Dachdecker; sie können uns hier nichts vormachen.“

„Eine Schule bauen wir uns auch noch. Kirche? Unsertwegen nicht, die haben wir hier nicht nötig.“

Wieder die Pionierstimmung, die sichere, zuversichtliche Stimmung des Aufbaus.

„Was kann uns hier passieren.“ Wir haben ja die Unterstützung. Und wenn wir unseren Kram ordentlich zusammenhalten, dann können sie uns ja nichts wollen.“

84 — von 600 000 in Berlin; 84 in Rudow. Noch nicht einmal ein Tropfen auf den glühenden Stein der Krise. Die wenigen, die nicht mehr bekommen haben als ein paar Quadratmeter Land, als Licht und Arbeit — diese wenigen, deren Arbeitskraft sich hier entfalten kann, haben hinter sich die Millionen, deren Kraft niedergehalten wird.

Woher nehmen die, die in den Amtsstuben sitzen, die Courage zu solchem Hinhalten, und die andern, die auf der Straße stehen, die Geduld zu solchem Warten?

Aber so aussichtslos steht es ja nicht, belehrt uns die Presse. Die „Germania“, das Blatt, hinter dem der Reichskanzler steht, schreibt doch, daß in Berlin, der Reichshauptstadt, in wenigen Monaten „eine der ersten und größten Erwerbslosensiedlungen aus dem Boden gewachsen sein wird.“

Es erben sich Gesetze und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort!

Heiteres aus dem englischen Parlament.

in London, 21. April.

In England hat wieder einmal ein findiger Jurist ein altes englisches Gesetz ausgegraben, das längst in Vergessenheit geraten ist, und seit Jahren dauernd übertreten wird. Auf Grund einer alten Bestimmung aus dem Jahr 1707 darf der englische Handelsminister nicht an den Beratungen des Unterhauses teilnehmen. Diese Bestimmung ist zwar im Jahre 1826 im Rahmen eines anderen Gesetzes aufgehoben worden, da aber dieses neue Gesetz 1909 wieder zurückgenommen wurde, so trat, ohne das irgend jemand darauf achtete, die alte Bestimmung wieder in Kraft. Nun hat sich der Generalstaatsanwalt an die Arbeit gemacht, um RUNCIMANs Besuch im Unterhaus künftig zu legalisieren.

RUNCIMAN selber hat die Sache mit Humor aufgenommen und ausgerechnet, daß er sich während seiner bisherigen Tätigkeit als Handelsminister offiziell eine Geldstrafe von 30 000 Pfund — je 100 Pfund für einen Besuch im Unterhaus — zugezogen habe. Wenn der Staat von ihm und seinen Vorgängern diese Strafen einziehen würde, gäbe das eine gute Unterstützung des Staatshaushalts!

Das Unterhaus hat am Freitag die Abänderung des veralteten Gesetzes beschlossen.

Wie der Sonderberichterstatter der „Prawda“ berichtet, ist die Save am Donnerstag erneut gestiegen, so daß keine Aussicht auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers besteht. Im Mittellauf des Flusses stehen 5987 Häuser unter Wasser, von denen 600 bereits vollständig eingestürzt und ungefähr 2000 schwer beschädigt sind.

Der jugoslawische Ministerrat trat am Donnerstag zusammen, um Hilfsmaßnahmen für das Ueberschwemmungsgebiet zu beraten. Es wurde beschlossen, den Minister für Sozialpolitik, den Kriegs- und den Verkehrsminister in die gefährdeten Gegenden zu senden, damit sie von dort aus die erforderlichen Anordnungen treffen können.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Mittwoch, den 27. April, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Landtagswahlen und die Bedeutung der Presse in der Politik.

München: Dienstag, den 26. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Straße 67. Thema: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Lohnabbau und Faschismus“.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

OEL
UND
LAND

Von B. Traven

(Erschienen in der Büchergilde Gutenberg)

Die Condor-Oel-Compagnie braucht für ihre Bohrungen in Mexiko die Hazienda (Farm) eines Indianers. B. TRAVEN schildert in seinem spannenden und lesenswerten Roman: „Die weiße Rose“ den vergeblichen Kampf dieses an der Scholle hängenden Mannes mit den Oelkapitalisten. Das Buch ist erschienen in der Büchergilde Gutenberg (206 Seiten, 2,70 Mark).

Die Hazienda La Rosa Blanca hatte eine Größe von etwa achthundert Hektar. Sie gehörte dem Indianer Hacinto Yanez. Ihre Produkte waren: Schweine, ferner Zuckerrohr, und damit auch Zucker, und endlich Orangen, Zitronen, Papayas, Tomaten, Ananas. Sie lag in der Oelzone im nördlichen Teil des Staates Veracruz.

Die Hazienda machte ihre Besitzer nicht reich, wohl nicht einmal wohlhabend. Denn alles wurde in alter hergebrachter Weise kultiviert und bewirtschaftet. Es ging auf der Hazienda gemächlich und gemütlich zu. Niemand regte sich auf. Es wurde nicht gehetzt, nicht getrieben, und wenn wirklich einmal geschimpft wurde, so geschah es nur der Abwechslung wegen und weil das Leben ja zu eintönig verlaufen würde, wenn nicht gelegentlich einmal die Ventile ablassen können.

Die helfenden Hände auf der Hazienda waren Indianer wie der Besitzer. Sie bekamen keine hohen Löhne. Gewiß nicht. Aber jede Familie hatte ihre Hütte mit einem geräumigen Hof. Die Familie konnte Vieh halten nach Belieben, und auf dem Lande, das ihr entsprechend ihrer Kopfgeld zugewiesen war, anbauen, was ihr für ihren Unterhalt nötig erschien.

Alle jene Familien, die hier wohnten, lebten seit Generationen auf der Hazienda. Sie waren beinahe alle mit dem Besitzer versippt und verschwägert. Einige der Familien ver-

dankten ihre Entstehung der großen Zeugungsfähigkeit einer der Vorfahren des Hacinto. Hacinto war der Pate beinahe aller Kinder, die auf der Hazienda geboren wurden, und Senora Yanez war die Patin.

Der Pate, el padrino, und die Patin, la madrina, haben in Mexiko eine bei weitem wichtigere Stellung innerhalb der Familiengemeinschaft, denn in irgend einem anderen Lande auf Erden. Das rührt von uralten Zeiten her, aus weit zurückliegender Zeit der Indianer. Infolge der ungemehnten häufigen Ineinanderverheiratung der Spanier mit indianischen Frauen haben sich in den Sitten des mexikanischen Volkes zahlreiche Gewohnheiten und Gebräuche der Indianer erhalten überall da, wo es sich um Küche, Haus und Familienbeziehungen handelt, also in jenen Dingen, wo der Mann gewöhnlich passiv und neutral ist, weil sie das Urgebiet der Frau betreffen.

Der Pate galt im alten indianischen Mexiko — und gilt auch im heutigen Mexiko — ebensoviel für das Kind wie der eigene Vater. In zahlreichen Fällen, wenn der Vater stirbt oder sich, aus vielerlei Gründen, unfähig erweist, Erzieher des Kindes zu sein, tritt der Pate in die vollen Rechte und Pflichten des Vaters ein. Der Pate hat sich um das Wohlergehen des Kindes, dessen Pate er ist, zu kümmern. Wenn ihn auch das öffentliche Gesetz nicht zwingt, seine Pflicht gegenüber dem Kinde zu erfüllen, so kann er sich dieser Pflicht doch nicht entziehen; denn er würde dadurch seine Achtung und sein Ansehen in der Gesellschaft, die sich ja aus Familien zusammensetzt, verlieren, genau so gut, als ob er irgend eine sonstige schäbige Handlung begeht, die vielleicht von Gesetz, nicht aber von dem Gesellschaftskreise, dem er angehört, verziehen wird.

Der Vater des Kindes nennt den Paten des Kindes Compadre, das heißt Mit-Vater, und die Patin nennt er Comadre, das ist Mit-Mutter. Beide, Pate und Vater, reden sich mit Compadre an, und Patin und Mutter nennen sich gegenseitig Comadre. Und wenn der Vater des Kindes die Patin ruft, so sagt er auch nicht Senora, sondern er ruft sie Comadre.

Aus diesen Gründen betrachten sich der Vater des Kindes und der Pate des Kindes wie Brüder, und das Verhältnis zwischen beiden ist oft herzlicher als das zwischen Blutsverwandten, weil die Wahl eine freiwillige ist und die Wahl

von der Sympathie abhängt, die jene zwei Leute für einander empfinden.

Wenn sich der indianische Farmarbeiter den Patron, den Herrn der Hazienda, zum Paten für sein Kind aussucht, dann kommt der Herr. Er ist nie zu stolz dazu; denn er betrachtet es als eine große Ehre, daß er zum Paten erwählt wurde. Das liegt im indianischen Blute. Und von dem Augenblick an, wo der Herr Pate des Kindes jenes Farmarbeiters geworden ist, sagt der Farmarbeiter nicht mehr „Patron!“ zum Herrn, sondern Compadre. Und der Herr sagt nicht mehr „He, Juan!“ zu dem Arbeiter, sondern er sagt gleichfalls Compadre zu ihm, obgleich sich die rein wirtschaftliche Stellung der beiden zueinander nicht verändert. Sie sind nun Brüder und behandeln sich wie Brüder.

Dieses Verhältnis besteht auf allen Hazienda's in Mexiko, wo der Besitzer und die Hazienda-Leute indianischen Blutes sind. Ein solches Verhältnis bringt Zustände hervor, die anderswo auf Erden wohl nicht gefunden werden können.

Dem Patron gehört die Hazienda. Sie gehörte seiner Familie schon, ehe Kolumbus geboren wurde. Denn der Vorfahr, der Gründer der Familie, war ein indianischer Fürst, der Häuptling eines Stammes der Huasteken, der in jenem Bereich seinen Sitz hatte. Aber der Patron betrachtet sich nur als Nutznießer der Hazienda. Er fühlt sich verantwortlich für das Wohlergehen aller, die auf der Hazienda leben; denn er ist ja der Compadre aller, und alle sind seine Comadres. Er kleidet sich nicht reicher als die, die auf der Hazienda arbeiten. Er trägt die Tilma wie sie, und wie sie trägt er Sandalen. Er isst Tortillas und Frijoles wie alle übrigen. Aber dennoch ist das Verhältnis ein ganz anderes als das patriarchalische Verhältnis auf den alten europäischen Bauernhöfen, wo alle Knechte und Mägde am selben Tisch mit dem Bauern und der Bäuerin sitzen.

Hier sind alle selbständig; alle haben ihre eigenen Familien, ihren eigenen Haushalt. Der Patron ist der Richter in allen ihren Angelegenheiten, ihr Ratgeber, ihr Briefschreiber — wenn er schreiben kann —, ihr Arzt, ihr Rechtsanwalt, ihr Verteidiger gegen Behörden, die Unmäßliches verlangen, ihr Versorger in schlechten Ernten und der Versorger ihrer Witwen und Waisen. Jedoch er ist niemals „der Herr“.

(Fortsetzung folgt.)

Die Armut der indischen Bauern.

Indien ist ein Land der Dörfer. Mehr als 90 Prozent der 351 Millionen Bewohner leben in den 700 000 Dörfern des Landes. Es gibt bis jetzt nur 37 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. 73 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft.

In unsäglicher Armut leben sie dahin.

GHANDI hat einmal gesagt:

„Indien ist wie eine nackte hungernde Frau, die am Straßenrande sitzt mitten in Baumwoll-, Reis- und Weizenfeldern.“

Tatsächlich lebt die große Masse der indischen Bauern in furchtbarer Armut. J. A. SAUTER, der jahrelang als Professor an der Universität Kalkutta tätig war, schreibt:

„... oft genug sättigen sich die Parias (die 50 Millionen Menschen, die aus der Kastengemeinschaft der Hindus ausgestoßen sind. K. H.) in den Dörfern mit Abfällen jeglicher Art, mit dem Fleisch krepierender Tiere, ja selbst mit der roten Dschungel-Erde, die sie mit Wasser mischen, um ihren Durst zu stillen...“

Die unaussprechliche Armut der indischen Landbevölkerung ist verbunden mit einer furchtbaren Verschuldung. S. R. DAS hat von dem indischen Bauern gesagt, daß er in Schulden geboren wird, seine Schulden sein Leben hindurch vermehrt und in noch hoffnungsloser Verschuldung stirbt.

Die Armut der indischen Bauern und — außerhalb der bewässerten Gebiete — die Abhängigkeit der indischen Landwirtschaft vom Regen sind entscheidende Ursachen der Verschuldung der Landwirtschaft. Als weitere Ursache wird oft die Sorglosigkeit des indischen Bauern genannt und seine Verschwendungssucht bei Familienfesten. Wenn auch die englischen Schriftsteller dieses Festfeiern gern über Gebühr hervorheben, so ist es doch Tatsache, daß oft der Bauer bei Familienfesten vor keiner Verschwendung zurückschreckt, und daß er bei einer einzigen solchen Gelegenheit Beträge ausgibt, die er in fünf Jahren nicht verdienen kann. Der Grund für dieses unüberlegte Festfeiern ist vor allem zu suchen in der Verzweiflung dieser Menschen, die wenigstens einmal im Laufe vieler Jahre sich der Lustbarkeit hingeben und die öde Eintönigkeit des Daseins unterbrechen wollen.

In der großen Mehrzahl der Fälle ist es die Not, die in Indien den Bauern zum Geldverleiher treibt. Der Bauer, der keine Ersparnisse besitzt, kann die Zeiten der Not gar nicht überstehen, ohne gelegentliche Aushilfen des Geldverleihers, der meist auch das Saatgut und die Ackergeräte verkauft.

Immer wieder fordert die Hungersnot ihre Opfer.

In den Jahren 1876 bis 1878 starben 5¼ Millionen Inder an der Hungersnot; im Jahre 1896-97 starben 750 000 Menschen; im Jahre 1918-19 raffte die Influenza nach den amtlichen Berichten 12 bis 13 Millionen Menschen dahin. Die Zahl der Inder, die im 19. Jahrhundert durch Hungersnot umgekommen sind, wird von den indischen Gelehrten WADIA und JOSHI auf 32 Millionen geschätzt.

Die Hungersnöte sind auch seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht seltener geworden. Sie haben sich vielmehr auf immer größere Bezirke ausgedehnt und an Zahl wie an Intensität im Laufe der Zeit zugenommen. Wie das zu erklären ist, kann ich hier wegen Raumangel nicht auseinandersetzen. Ich verweise zur weiteren Unterrichtung auf mein Buch: „Indien in der Zange.“ (Verlag „Oeffentliches Leben“, Berlin. Zur Zeit im Druck.) Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß die Einführung der Eisenbahnen die Gefahr der Hungersnot nicht vermindert, sondern vermehrt hat.

Die Agrartechnik ist erbärmlich primitiv.

Die indische Landwirtschaft kennt fast nur den Kleinbetrieb, so daß in den meisten Fällen der Landwirt bei den primitiven Methoden sein Land mit einem Paar Ochsen bewirtschaften kann. Landwirtschaftlicher Großbetrieb ist beschränkt auf die Pflanzindustrie (Zucker, Tee u. s. w.). Es gibt so gut wie keine Gehege, keine Umzäunungen, Windbrecher oder gesonderte Wirtschaftsgebäude. Die Wirtschaftsräume und Stallungen bilden einen Teil des Wohnhauses. Vieh und Menschen schlafen unter einem Dach. Ein Speicher wird nur selten gebraucht, denn Vorräte sind fast nie vorhanden.

Die Ackergeräte sind meist aus Holz, die Pflüge allerdings im allgemeinen mit einer Eisenspitze versehen. Dieser altmodische Pflug reißt den Erdboden nur auf, ohne ihn Furche für Furche umzuwenden. Er ist teilweise so leicht, daß der Bauer ihn bequem auf der Schulter tragen kann. Die Einführung eiserner Pflüge schreitet allerdings fort. Aber im Verhältnis zu der großen Zahl von landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist die Bearbeitung des Bodens noch sehr primitiv. Die Bewirtschaftung leidet unter dem Mangel an Organisation und Ausrüstung.

Es fehlt an der notwendigen Düngung.

Der indische Boden wird in vielen Fällen heute noch genau so bewirtschaftet, wie zu Zeiten BUDDHAS (560 bis 480 v. Chr.) oder des Kaisers ASOKA (259 bis 222 v. Chr.). Damals war das Land furchtbarer als heute. Die Fruchtbarkeit ist ständig zurückgegangen, weil der Ackerboden nicht genügend gepflegt wurde.

Ungütige Düngung ist einer der Hauptfehler des indischen Ackerbaus. Die Kuhfladen werden meist getrocknet und zur Feuerung verwandt. Der Wert der flüssigen Abgänge der Tiere ist allgemein unbekannt, und keine Streu wird ausgebreitet, um den Dung aufzufangen und zurückzuhalten. Andererseits ist das Düngen, insbesondere mit künstlichem Dünger, auf dem trockenen indischen Boden mit Gefahren verbunden. Aber überall da, wo genügend Wasser vorhanden ist, sei es infolge künstlicher Bewässerung, sei es infolge reichlicher Niederschläge, lohnt sich die Düngung sehr.

Es fehlt an ausreichender Bewässerung.

Eines der wichtigsten Probleme für die indische Landwirtschaft besteht in der Aufbewahrung, Regulierung und Verteilung der Regenmenge. In einigen Gegenden Indiens reichen die Niederschläge zu keiner Jahreszeit aus, um die Saaten zu erhalten. In anderen Gegenden ist der Regen zu unberechenbar oder so ungleichmäßig über die Regenzeit verteilt, daß jederzeit Hungersnot ausbrechen könnte wenn nicht Regulierungsmaßnahmen getroffen würden.

Weite Strecken Landes werden mittels Brunnen von den Bauern selber bewässert. Aber die privaten Bemühungen der Landbesteller können die gewaltige Aufgabe einer regelmäßigen Wasserversorgung nur zum geringsten Teil erfüllen. Daher war in Indien die Bewässerung seit undenklichen Zeiten eine Aufgabe des Staates. So auch heute: mit Hilfe von Zisternen und Kanälen bewässerte die Regierung 1921-22 ungefähr 10,3 Millionen Hektar (10 Prozent der gesamten bebauten Fläche).

Die Bewässerung ermöglicht nicht nur, Land zu bebauen, das bisher unbebaut lag; sie bietet weiter die

Möglichkeit, mehr als eine Ernte im Jahr auf dem gleichen Boden zu erzielen, und sie hilft zu einer bedeutenden Steigerung des Ernteertrages. — Aber alles, was heute in der Bewässerungsfrage geschieht, ist durchaus unzulänglich.

Indien stirbt vor Hunger.

Unter diesen Umständen ist der Ertrag des Landes lächerlich gering.

Die Reisproduktion erbrachte 1930/31 einen Ertrag von 14,9 Doppelzentnern pro Hektar gegenüber 66,5 Doppelzentnern in Spanien und 44,5 Doppelzentnern in Italien.

Die Weizenproduktion erbrachte 1930 einen Ertrag von 8,3 Doppelzentnern pro Hektar gegenüber 21,3 Doppelzentnern in Deutschland.

Und der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist geradezu erbärmlich.

Die Sterbeziffer ist in Indien von 1885 bis 1928 kaum gesunken. Gegen 26,4 pro Tausend im Jahre 1885 stellte sie sich im Jahre 1928 auf 25,6 pro Tausend. In Deutschland kamen im Jahre 1930 auf tausend Einwohner 11,1 Sterbefälle, in England 11,4, 1929 in Japan 20,0.

GHANDI hat das Elend seines Volkes einmal in den Worten zusammengefaßt:

„Indien stirbt vor Hunger. . . Indien wird mit jedem Tag erschöpfter. In seinen Gliedern fließt fast kein Blut mehr. Wenn wir nicht darauf achten, geht es zu Grunde. . . Gedenken wir der Millionen menschlicher Wesen, die heute geringer sind als Tiere, die fast am Verenden sind. . . Für Millionen von Wesen ist das Leben ein ewiges Wachen oder ein ewiges Dahindämmern.“

Wir müssen uns diese Verhältnisse vor Augen halten, wenn wir den Kampf des indischen Volkes gegen die englische Herrschaft verstehen wollen.

Karl Hinkel.

Das nennen sie Handelspolitik.

Holland hat für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni dieses Jahres die Einfuhr von Butter beschränkt. Während dieser Zeit darf nur soviel Butter eingeführt werden, wie im Durchschnitt der Jahre 1928/30 vierteljährlich eingeführt wurde. Von dieser Maßnahme wird vor allem Dänemark betroffen, das seine Buttereinfuhr nach Holland in der letzten Zeit erheblich gesteigert hat.

Frankreich: Die französische Regierung hat die Ein- und Durchfuhr von Kartoffeln, Tomaten, Blumenzwiebeln, Frischgemüse u. s. w. aus Holland, England und Deutschland verboten. Das Verbot soll eine Vergeltung dafür sein, daß diese drei Länder aus Angst vor der Uebertragung des Koloradokäfers die Einfuhr von Kartoffeln verboten und die Einfuhr von Frischgemüse an gewisse Bedingungen geknüpft haben. — Der Koloradokäfer ist für den Handelskrieg in der Tat ein sehr nützlich Tier.

England: Am 26. April tritt die neue Zollverordnung in Kraft, die ungefähr 100 Warengattungen umfaßt. Durch diese Verordnung werden die unter dem Dumpingabwergesetz erlassenen drei Zollverordnungen außer Kraft gesetzt. Infolge der neuen Verordnung ergibt sich im Durchschnitt ein Zolltarif in Höhe von 25 bis 30 Prozent für Frucht- und Gemüsekonserven, Kaviar u. s. w. und von 20 Prozent für Fertigwaren. Für Halb- und Luxuswaren beträgt der Zoll 25 bis 30 Prozent, für Stahl- und Eisenwaren 33½ Prozent. Die Zollerhöhung auf 20 Prozent umfaßt 16 Warengattungen, unter anderen Möbel, Eisenwaren, fertige Eisen- und Stahl-erzeugungen, elektrische Artikel und landwirtschaftliche Geräte. Auf Fahrräder wird ein Zoll von 33½ Prozent gelegt, auf Waffen und Munition 25 Prozent, Toilettegegenstände 30 Prozent und Spielwaren 25 Prozent.

Deutschland: Die Frachtsätze für Kohlen, die bereits am 16. Dezember 1931 gesenkt wurden, werden voraussichtlich ab 1. Mai für die Ausfuhr nach folgenden Ländern weiter ermäßigt: Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien, Rumänien, Italien, Schweiz, Belgien, Niederlande, Saargebiet, Danzig.

Tschechoslowakei: Die Bezahlung der Einfuhr aus Bulgarien, Deutschland, Estland, Griechenland, Südslawien, Oesterreich und Ungarn darf nur noch mit den tschechoslowakischen Guthaben erfolgen, die in diesen Ländern gesperrt sind.

USA: Das Staats- und das Handels-Departement der Vereinigten Staaten drohen europäischen und südamerikanischen Regierungen mit handelspolitischen Kampfmaßnahmen als Vergeltung für die Ausnahmehandlung amerikanischer Waren. Noten, in denen diese Maßnahmen zunächst angekündigt werden, sollen an Frankreich und Spanien, später auch an Deutschland, Oesterreich und vor allem an Argentinien gesandt werden.

Belebung der Wirtschaft, aber nicht auf unsere Kosten.

Auf der gestern stattfindenden Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie berichtete unter anderem Geheimrat KASTL über Handels- und Devisenpolitik. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes vertreten den Standpunkt, daß die immer stärker zunehmenden Absperrungstendenzen der einzelnen Staaten und die Bestrebungen der Länder mit aktiver Zahlungsbilanz, sich auch eine aktive Handelsbilanz zu schaffen, der Welt zum Verhängnis geworden sind und den internationalen Kreditmarkt und Warenhandel zu vernichten drohen. Die Politik der einzelnen Länder, nach der jedes Land verlangt, daß immer soviel Waren wie nur irgend möglich abgenommen werden, aber andererseits das Recht für sich beansprucht, sich gegen die Aufnahme fremder Waren zu sperren, muß letzten Endes zum Ruin der Weltwirtschaft führen. Deutschland kann nur dann seine kreditpolitischen Beziehungen mit dem Ausland aufrecht erhalten und seine Verpflichtungen aus den in früheren Jahren gewährten ausländischen Krediten erfüllen, wenn man ihm in einem aus-

reichenden Maße seine Waren abnimmt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält es deshalb für erforderlich, daß die Reichsregierung eine weitgehende handelspolitische und innerwirtschaftliche Aktivität entfaltet. Insbesondere muß nach seiner Auffassung mit allen Mitteln eine Stärkung des deutschen Produktions- und Handelsvolumens, damit eine Verbesserung des deutschen Arbeitsmarktes und eine Erhöhung des verfügbaren Devisenbestandes angestrebt werden. Ferner muß eine möglichst weitgehende Förderung der deutschen Ausfuhr unter gleichzeitiger Stärkung des Binnenmarktes Platz greifen. Hierzu gehört in erster Linie eine Senkung aller Faktoren der Produktionskosten sowie auch eine restlose Ausnutzung aller Kreditmöglichkeiten. Solange eine Devisenbewirtschaftung nicht entbehrt werden kann, muß eine aktive Handelspolitik, die unsere handelspolitischen Interessen behandelt, werden.

Regierungspräsident BRAUWEILER berichtete über die Entwicklung der Sozialbelastung, die wesentlich gesenkt werden muß, wenn nicht in absehbarer Zeit das ganze soziale Hilfswerk zusammenbrechen und auch die öffentlichen Finanzen ganz außerordentlich gefährdet werden sollen.

Also: Gegen die blödsinnige Handelspolitik der anderen Staaten; aber nur immer weiter mit der blödsinnigen deutschen Handelspolitik. Stärkung des Binnenmarktes ist natürlich notwendig, aber auf Kosten der Arbeiter.

Subventionierung des englischen Weizenbaus.

Einen Weizen Zoll hat die englische Regierung nicht eingeführt. Sie hat einen komplizierteren und undurchsichtigeren Weg gewählt, den Weizenbau zu subventionieren.

Den Weizenbauern wird, zunächst für drei Jahre, ein Preis von 20 Schilling für den Doppelzentner Weizen garantiert. Dieser Preis ist ungefähr doppelt so hoch wie der gegenwärtige Weizenpreis in Liverpool. Eine Planwirtschaftskommission, bestehend aus 14 Mitgliedern, soll für jede Saison die voraussichtliche englische Weizenenernte schätzen, ferner den voraussichtlichen Weizenpreis auf dem Weltmarkt und den heimischen Mehlverbrauch. An Hand dieser Schätzungen soll die Subventionszuschlag errechnet, der nötig ist, damit die Bauer den Mindestpreis von 20 Schilling für den Doppelzentner erhalten. Der Subventionszuschlag ist von den Mühlenbesitzern, die in einem Mühlenverband zusammengefaßt sind, für die Menge des von ihnen angekauften einheimischen Weizens in einen Fonds zu zahlen, aus dem die Weizenbauern am Ende des Jahres die Subvention erhalten.

Um zu verhindern, daß die englischen Mühlenbesitzer an Stelle des einheimischen Weizens den nicht subventionszuschlagpflichtigen ausländischen Weizen kaufen, wird gesetzlich festgelegt, daß die Mühlenbesitzer eine bestimmte Menge Inlandsweizen kaufen müssen. Ferner ist von vornherein festgesetzt worden, daß jährlich höchstens für 13,5 Millionen Doppelzentner Weizen eine Subvention bezahlt wird. Auf diese Weise soll eine unerwünschte Ausdehnung der Weizenanbaufläche vermieden werden.

So werden mit Scharfsinn Maßnahmen ausgeklügelt, durch die die unrentablen Betriebe gestützt werden, der ohnehin schon kostspielige Beamtenapparat noch vergrößert und Betrügereien Tür und Tor geöffnet wird.

JUGOSLAWIEN

Entschuldigung der Landwirtschaft durch Inflation? Die jugoslawische Landwirtschaft ist mit ungefähr 3 Milliarden Dinar verschuldet. Die landwirtschaftlichen Körperschaften Jugoslawiens haben zur Milderung der Lage in der Landwirtschaft vorgeschlagen, neue Banknoten in Höhe von 3 Milliarden Dinar auszugeben. (Der gegenwärtige Notenumlauf beträgt rund 5,2 Milliarden Dinar.) — Es ist sehr zu hoffen, daß die jugoslawische Regierung dieser Forderung nicht nachgibt.